

Ausgabe Juli 2025

Schleswig-Holsteinische Landeszeitung 30.06.2025

Empörung über Stromsteuer-Pläne

In Schleswig-Holstein wächst die Kritik, weil Handwerk, Mittelstand und Privathaushalte leer ausgehen

Carlo Jolly

KIEL/BERLIN Weil die Bundesregierung die im Koalitionsvertrag vereinbarte Senkung der Stromsteuer nun nur für Industrie und Landwirtschaft plant, fühlen sich Wirtschafts- und Verbraucherverbände getäuscht. Besonders deutliche Kritik kommt aus Schleswig-Holstein. „Wir fühlen uns im Stich gelassen und sind irritiert, dass ein zentrales Versprechen, das im Koalitionsvertrag schwarz auf weiß steht, die ersten drei Monate nicht überlebt“, schimpft Handwerkspräsident Björn Felder. Ein Industriestrompreis verzerre den Wettbewerb zulasten von kleinen und mittleren Handwerksbetrieben.

„Die Einschränkungen bei der Senkung der Stromsteuer sind ein Schlag ins Kontor für den Mittelstand, dem Rückgrat der deutschen

Wirtschaft“, klagt der Präsident der Unternehmensverbände Nord, Philipp Murrmann. Eine Entlastung der Wirtschaft bei den Energiepreisen sei überfällig und ein zentrales Thema im Wahlkampf gewesen. Deutschland habe im europäischen

Vergleich den höchsten Strompreis.

Auch in der Landesregierung zeigt man sich über- rascht: CDU-Wirtschafts- minister Claus Ruhe Madsen verlangt, dass das, was im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, auch umgesetzt wird,

„also die Senkung auf das europäische Mindestmaß für alle“. Das wären für Privathaushalte nur 0,1 Cent je Kilowattstunde statt 2,05 – und brächte einer vierköpfigen Familie schnell mehr als 70 Euro Ersparnis im Jahr, rechnet Carina Vogel von

der Kieler Verbraucherzentrale vor. Gerade ärmere Haushalte oder Mieter und Eigentümer von Wohnungen, die keine Solaranlage auf dem Dach installieren könnten, seien stark betroffen. „Wir halten dies für ein falsches Signal“, sagt Vogel.

„Es ist bitter, dass die neue Bundesregierung ihre Zusagen an Haushalte und Verbraucher bricht“, findet Energiewendeminister Tobias Goldschmidt von den Grünen. Stromkunden und Unternehmen brauchten die versprochene Strompreis- entlastung dringend. Und: „Eine Stromsteuersenkung wäre Rückenwind für die vielen Unternehmen, die ihre Prozesse auf erneuerbare Energien umstellen.“

Der CDU-Wirtschaftsrat Schleswig-Holstein appelliert an die Landesregierung, sich in Berlin für eine einheitliche Strompreissenkung einzusetzen.

MEINUNG

Regierung muss Wort halten

Bei den Zusatzkosten auf Strom ist Schleswig-Holstein ein gebranntes Kind. Über die höchsten Netzentgelte haben Haushalte und Nord-Wirtschaft über Jahre jene Infrastruktur überproportional finanziert, die den Ökostrom von der Küste künftige und teils schon heute in die Wirtschaftszentren im Süden und Westen der Republik transportiert.

CARLO JOLLY

jol@shz.de



Auch deshalb sollte das Land darauf dringen, dass die schwarz-rote Bundesregierung beim Strompreis nicht nur für Industrie und Bauern Wort hält.

Handwerk, mittelständische Unternehmen und nicht zuletzt die gebeutelten Privathaushalte brauchen diese Entlastung genauso dringend. Noch wichtiger ist aber, dass sich das Kabinett Merz nicht schon nach zwei Monaten Regierung vom eigenen Koalitionsvertrag verabschiedet. Das würde Vertrauen unnötig früh zerstören.

Schleswig-Holstein arbeitet länger

Beschäftigte im Norden werden immer älter – trotz Fachkräftemangels finden das nicht alle gut

Kay Müller

KIEL Die Zahl der Schleswig-Holsteiner, die älter als 67 Jahre sind und noch im Erwerbsleben stehen, ist in den vergangenen zehn Jahren um 150 Prozent angestiegen: Nach Zahlen der Arbeitsagentur Nord hatten 2014 noch rund 4300 Menschen im Rentenalter einen sozialversicherungspflichtigen Job, 2024 waren es fast 11.000.

„Einerseits wird die Gesamtbevölkerung älter, und das Renteneintrittsalter wurde nach oben verschoben“, erklärt Agentur-Chef Markus Biercher. „Andererseits handelt es sich hierbei auch um die geburtenstarken Jahrgänge, die zwangsläufig mehr Potenzial bieten. Nicht jeder ist dabei auch gezwungen, länger zu arbeiten – Ältere aus den Baby-boomer-Jahrgängen der 1960er-Jahre sind inzwischen eher geneigt, länger zu arbeiten.“ Nicht alle Arbeitnehmer

arbeiten in Vollzeit, aber je älter sie werden, desto steiler steigt die Quote derer, die noch in einem sozialversicherungspflichtigen Job stehen. 2014 arbeiteten noch 599 Menschen über 75 Jahre, 2024

waren es schon 1698 – von insgesamt mehr als einer Million Arbeitnehmern in Norden.

Das finden nicht alle gut. „Der Weg zum heutigen Renteneintrittsalter ist für viele Menschen alles andere als ein

Spaziergang – insbesondere für diejenigen, die einen physisch und psychisch belastenden Beruf ausüben“, sagt die Chefin des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Norden, Laura Pooth. „Bevor wir

darüber diskutieren, wie mehr Menschen zum Arbeiten im Rentenalter gebracht werden können, muss sichergestellt werden, dass auch die Altenpflegerin, der Dachdecker und der Kita-Erzieher bis zur Rente gesund bleiben.“ Pooth fordert deshalb mehr Arbeits- und Gesundheitsschutz.

„Wir müssen die Menschen so lange wie möglich in Beschäftigung halten“, sagt der Sprecher der Unternehmensverbände Nord, Sebastian Schulze. Er greift damit eine Forderung von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) auf. Schulze fordert den Abbau von Bürokratie, damit Unternehmen leichter Rentner weiterbeschäftigen können. „Das muss sich für beide Seiten finanziell lohnen.“ Das sei neben der Steigerung der Beschäftigung von Frauen, Behinderten und Migranten eine Stellschraube, um dem Fachkräftemangel zu begegnen.

Schleswig-Holstein – Seite 4

MEINUNG

Recht auf Ruhestand

Die Ansage war klar: „Mit Vier-Tage-Woche und Work-Life-Balance werden wir den Wohlstand dieses Landes nicht erhalten können.“ So hat es Kanzler Friedrich Merz gesagt und gleich dafür geworben, dass Menschen auch mit 70 Jahren noch im Job bleiben.

Aus wirtschaftlicher Sicht ist das verständlich, denn es gibt immer weniger Fachkräfte, und es scheiden deutlich mehr Menschen aus

KAY
MÜLLER

ky@shz.de



dem Berufsleben aus als ein-treten.

Und doch sollte die christlich-sozialdemokratische Regierung vorsichtig sein, so lange in diesem Land noch fast jeder fünfte Rentner von Armut bedroht ist. Ein Mau-

rer, der sein Leben lang hart körperlich gearbeitet hat, wird nicht so leicht seinen Job fortführen können wie vielleicht ein Anwalt.

Deshalb sollte es jedem erlaubt werden, länger zu arbeiten – wenn er es denn will oder kann. Aber es muss auch ein Recht auf Ruhestand für die geben, die das nicht können oder wollen. Und dieser Ruhestand muss auskömmlich sein. Das sind wir den Älteren schuldig.

Warum diese Senioren weiterarbeiten

Job trotz Rente: Unternehmen in Schleswig-Holstein setzen auf ältere Mitarbeiter

Kay Müller

SATRUP „Klar, geh‘ ich da hoch“, sagt Dieter Loeck und setzt den Fuß schon auf die erste Sprosse des Baugerüsts, das ihn zu einer Gaube führt, die der 66-Jährige ausbauen will. „Ich kann zwar nicht mehr alles, aber immer noch das meiste machen“, sagt der Zimmermeister.

Loeck ist einer von sieben Rentnern, die Hans-Henning Hansen beschäftigt, der in dritter Generation den Baubetrieb Henning Molzen in Satrup (Kreis Schleswig-Flensburg) führt. „Ich brauche diese Leute, die wissen einfach, was zu tun ist.“

Wenn er einen älteren Mitarbeiter zum Ausbau eines Lofts schicke, wisse der, wie er mit Material und Zeitplan umzugehen habe. „Da bekomme ich einen Anruf und weiß, wann die Baustelle fertig wird.“ Nun will Hansen den Jüngeren nicht zu nahe treten. „Aber da kann es sein, dass ich gar keinen Anruf bekomme oder nur einen, in dem mir einer sagt, dass am nächsten Tag keiner kommt.“

Immer mehr Arbeitgeber im Norden versuchen deshalb wie Hansen ihre Fachkräfte zu halten, auch wenn sie die Pensionsgrenze erreicht oder überschritten haben. Für Markus Biercher, Chef der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit, ist das lobenswert: „Zur Fachkräftesicherung brauchen wir jeden klugen Kopf und jede fähige Hand.“ Deswegen sei es wichtig, dass Unternehmen auch Älteren auf dem Arbeitsmarkt gute Chancen einräumen. „Zudem bringen Ältere oft wertvolle Kompetenzen und viel Erfahrung mit“, erklärt Biercher.

Das sieht auch Sebastian Schulze, so. „Wir brauchen



Setzt auf Bürokratieabbau, um mehr ältere Menschen einzustellen: Sebastian Schulze.

Foto: UVNord

mehr Flexibilität. Nicht jeder muss im Alter noch den Job machen, den er viele Jahrzehnte vorher gemacht hat“, sagt der Sprecher der Unternehmensverbände Nord – und denkt dabei vor allem an körperlich anstrengende Berufe. Viele Betriebe seien offen dafür, sich bei der Arbeitszeit und der Art der Tätigkeit auf die Arbeitnehmer einzustellen.

Bundesregierung will Aktivrente einführen

Vor allem müsse es sich aber für die Rentner lohnen, weiterzuarbeiten. In der Vergangenheit seien durch die abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren oder Frühverrentungsmodelle falsche Anreize gesetzt worden. Dank der Aktivrente, die die schwarz-rote Bundesregierung in ihren Koalitionsvertrag geschrieben hat, können Rentner, die weiter im Job bleiben, bald bis zu 2000 Euro im Monat steuerfrei dazuverdienen.

Biercher setzt dabei auf die Unternehmen, die qualifizierte Mitarbeiter auch im Alter halten wollen, weil sie sonst „einen bedeutenden Teil ihres Know-hows in kurzer Zeit verlieren könnten. Gleichzeitig stehen auf dem Arbeitsmarkt nur begrenzt



Setzt auf die Kreativität der Unternehmen bei der Stellenbesetzung: Markus Biercher.

Foto: Michael Ruff

Fachkräfte zur Verfügung, um diese Lücken zu füllen. Dies wird in Zukunft noch schwieriger, da insgesamt weniger Arbeitskräfte verfügbar sind.“ Und Automatisierung sowie künstliche Intelligenz könnten qualifizierte Mitarbeiter nicht ersetzen, sagt Schulze.

So wie Zimmermeister Loeck, der drei Tage in der Woche arbeitet und seinen Lohn versteuern muss. Wenn der auf der Baustelle ein Problem mit einem Elektrogerät hat, bringt er es Andreas Polleit. Der gelernte Radio- und Fernsehtechniker repariert es mit Leidenschaft. Nachdem er seinen Betrieb 2018 abgeben hat, habe er ein Jahr Pause vom Job gemacht. „Doch immer nur zu Hause die Fenster anstreichen oder Fahrradfahren, war es denn auch nicht.“

Die meisten arbeiten nicht wegen des Zuverdienstes

Jetzt ist der 68-Jährige zweimal die Woche vormittags auf Hansens Hof und macht einen 560-Euro-Job, für den der sonst wohl kaum jemanden finden würde. Denn es geht ihm wie Loeck auch ein bisschen darum, eine Aufgabe zu haben und gebraucht zu werden. So wie der 77-jährige Lkw-Fahrer, der für

Hansen arbeitet, oder die 71-jährige Zeichnerin, die immer noch Spaß am Entwerfen von Einfamilienhäusern hat.

„Ich mache das nicht wegen des Geldes, ich könnte auch so gut leben“, sagt Loeck, der seit 1979 für Hansen arbeitet. Und doch gibt es auch hier Menschen, die im Alter arbeiten, weil sie das Geld brauchen, wie ein schwerbehinderter Schlosser, der sein Leben lang für einen Mindestlohn gearbeitet habe.

Auch 80-Jährige im Land arbeiten noch

Und Hansen ist froh, ihn und die anderen sechs Senioren in seinem 60-Mitarbeiter-Betrieb zu haben, weil der Markt für Schlosser leergefegt sei. Hansen würde sogar noch viel mehr Ältere einstellen. Die seien vielleicht manchmal langsamer als Jüngere, hätten aber mehr Erfahrung – das gleiche sich aus. Und schon jetzt muss der Unternehmer wegen Personalmangels Aufträge ablehnen. „Hätte ich den nicht, könnten wir 25 Prozent mehr schaffen.“

Und wie lange will Hansen selbst noch arbeiten? Der 60-Jährige überlegt kurz und sagt dann: „Vielleicht so sieben, acht Jahre.“ Und Loeck ergänzt: „So lange es meine Knochen und der Kopf mitmachen.“ Und Polleit sagt: „So lange es mir Spaß macht.“

Das kann mitunter lang sein, wie die Statistik zeigt: Die Zahl der über 80-Jährigen, die noch sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist, hat sich in den vergangenen zehn Jahren mehr als vervierfacht: von 110 auf 479 – von insgesamt über einer Million Beschäftigten im Norden.

Der Minister für gute Laune

Mit Dänencharme und viel Humor: Claus Ruhe Madsen (CDU) ist beliebt – trotz magerer Erfolge

VON ULF CHRISTEN
UND ULRICH METSCHIES

KIEL. Wenn Wirtschaft zur Hälfte Psychologie ist, hat Schleswig-Holstein mit ihm das große Los gezogen. Claus Ruhe Madsen (52, CDU) verbreitet selbst dann noch gute Stimmung, wenn wie aktuell bei Northvolt alles auf der Kippe steht. Kritiker werfen dem dänisch-deutschen Daueroptimisten allerdings vor, den vielen fröhlichen Worten kaum Taten folgen zu lassen.

Seit Juni 2022 ist Madsen Schleswig-Holsteins Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus. Einmal hat er sich mit einem Papagei verglichen. Gewiss ist er ein bunter Vogel, der viel spricht, launige Auftritte liebt und mit markantem Bart und einem von Frisuren des schwedischen Königshauses hochgelobten Look die Blicke auf sich lenkt.

Auffällig ist, dass Madsen partei- und verbandsübergreifend ähnlich beurteilt wird. „Dänisches Lebensgefühl pur, humorvoll und gelassen“, sagt der Präsident der Unternehmensverbände Nord, Philipp Murmann. Aber für messbare Ergebnisse müssten auch klare Entscheidungen getroffen werden. Davon dürfe es gerne noch mehr geben.

Lob und Tadel auch vom Landesvorsitzenden des CDU-Wirtschaftsrats, Christian von Boetticher: „Der Wirtschaftsminister ist bisher insbesondere durch seine herzliche Umgangsform und seine stets gute Stimmung positiv aufgefallen.“ Der Wirtschaftsrat erwarte aber, dass Madsen sich noch stärker für eine ressortübergreifende Deregulierung und Verfahrensbeschleunigung innerhalb des Landes einsetze. „Bisher scheint aber sein Einfluss auf die monströs gewachsenen

„In seiner Funktion als Wirtschafts- und Verkehrsminister würde ich mir mehr Durchschlagskraft von ihm wünschen, denn nur mit Optimismus-Appellen bringt man das Land nicht voran.“

Bernd Buchholz (FDP),
Ex-Wirtschaftsminister

und überbürokratisierten Umweltbehörden im Land leider gering zu sein.“

Madsens Vorgänger, Ex-Wirtschaftsminister Bernd Buchholz (FDP), bringt es so auf den Punkt: „Claus Ruhe Madsen ist ein durchaus unterhaltsamer Typ. In seiner Funktion als Wirtschafts- und Verkehrsminister würde ich mir mehr Durchschlagskraft von ihm wünschen, denn nur mit Optimismus-Appellen bringt man das Land nicht voran.“ Der SPD-Abgeordnete Kianusch Stender schätzt

Madsen, meint aber, dass der Minister in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten keinen guten Job mache.

Madsen freut sich über das Lob für seinen dänischen Politikstil („mit Humor lassen sich Themen leichter vermitteln“), bestreitet aber, dass er wenig auf die Reihe bekommt. Auf die Frage nach persönlichen Erfolgen denkt der gebürtige Kopenhagener länger nach als üblich, nennt dann zwei Projekte: die Entscheidung, dass das Land vorerst anstelle der DB die Elektrifizierung der Marschbahn (Hamburg-Sylt) plant, sowie die Gründung eines „Welcome Centers“, um ausländische Fachkräfte ins Land zu holen. Die Kritik der Opposition an dessen magerem Erfolg empfindet Madsen als kurzfristig, weil so ein Projekt sich entwickeln müsse.

Madsen verteidigt seine überschaubare Leistungsbilanz auch damit, dass er von Anfang an als Krisenmanager unter Dampf stand. Corona steckte den Unternehmen noch in den Knochen, da brachte der russische Überfall Inflation und explodierende

Energiepreise. Dann der Zoff mit Windhorst, die Pleite der FSG-Werften, schließlich die Northvolt-Insolvenz. Und dann gab es da auch noch ein Schiff, das in die Holtenauer Hochbrücken krachte.

Madsen schaut sich Dinge gerne von oben an, für das Klein-Klein hat er seine Leute. Bezogen auf sein Haus darf man sich das so vorstellen: Staatssekretärin Julia Carstens läuft mit der Ölkanne durch den Maschinenraum, hält die Dinge am Laufen, während der Chef den Außenminister gibt.

In einem Interview mit dem Magazin „Brand eins“ hat Madsen diesen Vergleich gezogen, mit Blick auf seine vorherige Funktion in Rostock: „Ein Oberbürgermeister ist eher ein Handwerker, verantwortlich für die Verwaltung und dafür, Arbeitsaufträge und deren Umsetzung zu initiieren. Als Minister habe ich dafür eine Staatssekretärin, die letztendlich das Haus leitet und sich um Personalangelegenheiten kümmert.“ Er als Minister verberge zwar auch Arbeitsaufträge. „Aber meine Hauptaufgabe ist es, das Mi-

nisterium nach außen zu vertreten.“

Madsen will Probleme auf menschlicher Ebene lösen, sieht Politik als Teamsport, nicht als Kampf. Zuversicht ist Pflicht, sagt er, gerade in der Krise. Wenn andere das nicht so sehen, sich sperren oder nur nach Schuldigen suchen, dann kann der lustige Däne auch mal wütend werden. Doch meist ist er sehr freundlich und ausgesprochen nahbar. Als Unternehmer hat Madsen bewiesen, dass er Dinge bewegen und sich auch Träume erfüllen kann. Er baute einen Möbelhandel auf, an dem er nach wie vor beteiligt ist, genauso wie an einem Caravanverleih. Und Madsen gehört eine Eis-Bude am Strand von Warnemünde. Schon als Kind wollte er immer eine Softis-Maschine haben, weil er dachte, man könnte sich dann einfach mit offenem Mund unter die Düse legen und genießen.

Madsens Nahbarkeit wissen auch die Gewerkschaften zu schätzen. Gleichwohl fällt auch deren Urteil nicht schmeichelfaust aus. „Wir stellen immer wieder fest, dass bei ihm bestimmte Themen, insbesondere Arbeit, kaum Priorität haben“, sagt Verdi-Sprecher Frank Schischefsky. So habe man konkrete Vorschläge gemacht, um die Auswirkungen von Arbeitskämpfen im ÖPNV für die Menschen zu minimieren: „Bisher blieb jede unserer Initiativen ohne erkennbare Reaktion.“

Schischefsky hat dem Minister spaßeshalber mal ein Arbeitszeugnis geschrieben: „Herr Madsen zeigte stets Verständnis für seine Arbeit und war stets bemüht, die an ihn gestellten Aufgaben mit Fleiß abzuarbeiten. Darüber hinaus schätzen wir sein freundliches Wesen.“ Mal schauen, ob der Minister das auch lustig findet.



Wo er ist, herrscht meistens gute Laune: Claus Ruhe Madsen (CDU, zweiter von rechts) zeigt auf diesem Termin die geplante Radwegsanie-
lung zwischen Jev-
venstedt und
Brammer, die auf
einer Karte mit al-
len anderen Bau-
projekten für 2025
eingezeichnet ist.
An seiner Seite:
Britta Lüth, Frank
Quirnbach und
Christoph Köster
vom LBV.

FOTO: JONAS DE LA CHAUX

Marvin Mertens

Hamburg. Was tun nach dem Schulabschluss? Wohin soll es beruflich gehen? Welche Möglichkeiten gibt es für den Start auf dem Arbeitsmarkt? Mit diesen Fragen sehen sich Tausende junge Hamburger Jahr für Jahr konfrontiert. Die Möglichkeiten auf dem Ausbildungsmarkt in Hamburg sind vielfältig und freie Stellen gibt es reichlich.

Allerdings deutlich weniger als in den Vorjahren. „Es melden weniger Arbeitgebende neue Berufsausbildungsstellen“, sagt Sönke Fock, Chef der Hamburger Arbeitsagentur. Im April wurden in der Elbmétropole 8385 Ausbildungsstellen registriert, 705 weniger als im Vorjahr, ein Rückgang von 7,8 Prozent. 4732 Stellen seien noch unbesetzt, das entspricht 56,4 Prozent.

Die duale Ausbildung ist der Stern des Ausbildungssystems, weil sie Praxis und Theorie verbindet.

Philipp Murmann, Unternehmer UV Nord

Fock geht sogar davon aus, dass die Zahl der unbesetzten Stellen im Jahresverlauf bis zum 30. September noch um mehr als 1000 steigen wird. Das liege daran, dass junge Menschen, die Zusagen für mehrere Ausbildungsplätze erhalten haben, sich für eine der Optionen entscheiden.

Die Zahl der verfügbaren Stellen geht also zurück. Gleichzeitig sei die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber gestiegen, sagt Fock. Aktuell seien 5967 bei der Arbeitsagentur registriert, ein Plus von mehr als 25 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. „Von den aktuell gemeldeten Bewerberinnen und Bewerbern haben 806 bereits einen Ausbildungsplatz gefunden“, sagt der Agenturchef.

Zwar gebe es in Hamburg weiterhin mehr angebotene Stellen als Bewerberinnen und Bewerber, dennoch hätten viele Jugendliche trotz Engagement und Motivation bislang keinen Ausbildungsplatz finden können. Das liege auch daran, dass sich die meisten auf Stellen in den bekanntesten Ausbildungsberufen fokussierten. Dabei gebe es mehr als 300 unterschiedliche Ausbildungsberufe in Hamburg. Ungewöhnlichere Berufe bekannter zu machen, sei daher eine wichtige Aufgabe bei der Berufsberatung.

Zu den weniger bekannten Ausbildungsberufen gehört der Klavier-



Cliff Rehr (l.), Director Human Resources Steinway & Sons, und Jonte Friedrichsen, jetzt fertig gelernter Klavier- und Cembalobauer. MERTENS

Mehr Bewerber, weniger Lehrstellen: Wen Hamburgs Betriebe suchen

Zahl der Ausbildungsplätze sinkt stark, die der Kandidaten nimmt zu. Junge Leute, die nicht nur populäre Jobs suchen, haben gute Chancen

und Cembalobau. Bei Steinway & Sons können junge Leute in Hamburg diesen Beruf in einer dualen Ausbildung lernen. Einer, der diesen Weg gegangen ist, ist Jonte Friedrichsen. Der 29-jährige hat die Ausbildung vor Kurzem abgeschlossen. Der Tipp für den Job kam aus dem Bekanntenkreis.

„Ich bin leidenschaftlicher Musiker und hatte Lust auf Handwerk, wollte eigentlich Tischler lernen“, sagt Friedrichsen. Freunde brachten ihn auf den Instrumentenbau. Weil Gitarren vor allem in Süddeutschland gebaut werden, kam er zu Steinway & Sons. „Ich konnte mit jemandem sprechen, der hier schon lange arbeitet und mich so über den Beruf informieren.“

Für den Beruf sei eine gewisse Neigung zu Instrumenten, eine Liebe zum Detail und ein gewisses handwerkliches Geschick nötig. Auch ein geschultes Gehör sei von Vorteil, um die Klaviere auch stimmen zu können. „Die duale Ausbil-

dung war eine gute Wahl. Ich habe theoretisches Wissen erlernt und konnte dies in der Praxis anwenden“, sagt Friedrichsen. „Für mich war es der richtige Weg und ich kann diesen anderen Jugendlichen nur empfehlen.“

Das Handwerk stehe im Vergleich zum gesamten Ausbildungsmarkt verhältnismäßig gut da, sagt Hjalmar Stemmman, Präsident der Handwerkskammer Hamburg, es gebe sieben Prozent mehr freie Lehrstellen als im Vorjahr. Der Anteil der Frauen unter den Auszubildenden sei jedoch um fünf Prozentpunkte auf 20 Prozent zurückgegangen.

Praktika machen, seine Stärken entdecken, Berufe kennenlernen Damit liege Hamburg zwar 33 Prozent über dem Bundeschnitt, zufrieden könne man damit dennoch nicht sein. „Das Handwerk muss sich ändern“, sagt Stemmman. Die Kammer habe eine Koordinierungs-

stelle für Frauen im Handwerk geschaffen und das Angebot ergänzt, um besonders junge Frauen fürs Handwerk zu begeistern. Denn ihre Arbeitskraft wird dringend benötigt.

„Die Lage auf dem Hamburger Arbeitsmarkt ist angespannt, viele Unternehmen suchen händeringend nach Auszubildenden, die sie als Fachkräftenachwuchs dringend benötigen“, sagt Sascha Schneider, Vizepräsident der Handelskammer Hamburg. Die Firmen stünden vor großen Herausforderungen, die Lage sei unsicher. „50 Prozent der Unternehmen nennen den Fachkräftemangel als eines der größten Geschäftsrisiken.“ Bis 2040 fehlten in Hamburg voraussichtlich rund 200.000 Fachkräfte, der Großteil davon seien Personen mit Berufsabschluss. Deshalb gelte es, junge Menschen für eine Ausbildung zu begeistern, die duale Ausbildung noch attraktiver zu machen. Politik und Wirtschaft müssten gemeinsam

die Berufsorientierung der Jugendlichen weiter stärken.

Tanja Chawla, Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Hamburg, sieht die Unternehmen in der Pflicht. „Die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze nimmt ab, liegt unter dem Vor-Corona-Niveau. Die Hamburger Unternehmen müssen mehr ausbilden, um dem hausgemachten Fachkräftemangel entgegenzuwirken.“ Sie fordert daher eine Umlage für einen Ausbildungsfonds. Von diesem sollen Ausbildungsbetriebe profitieren, während Unternehmen, die nicht ausbilden, dort einzahlen.

Die Vorteile einer dualen Ausbildung, wie sie Jonte Friedrichsen durchlaufen hat, liegen für Philipp Murmann, Präsident des Unternehmensverbands UV Nord, auf der Hand. „Sie ist der Stern des Ausbildungssystems, weil sie Praxis und Theorie verbindet. Nach einer dualen Ausbildung stehen jungen Menschen alle Karrierewege offen.“ Der Ausbildungsmarkt könne aufgrund der Menge an Möglichkeiten für Jugendliche überfordern sein, daher müsse die Berufsberatung gestärkt werden.

„In Hamburg soll jeder und jede den Weg in den Beruf finden“, sagt Ksenija Bekeris, Senatorin für Schule und Berufsbildung. Die erfahrene Sozialdemokratin appelliert des Weiteren an die Jugendlichen: „Nutzt eure Möglichkeiten! Probiert euch in Praktika aus, entdeckt eure Stärken und lernt Berufe und Betriebe kennen.“

Norden taucht im Vertrag kaum auf

Union und SPD nennen in der Koalitionsvereinbarung nur wenige konkrete Projekte – Lob und Kritik von Verbänden

VON JONAS BICKEL

KIEL/BERLIN. Einen Tag nach Vorstellung des schwarz-roten Koalitionsvertrags macht sich in Schleswig-Holstein leichte Ernüchterung breit. In dem Papier werden konkrete Projekte für den Norden Deutschlands kaum aufgeführt – im Gegensatz zu beispielsweise bayrischen Vorhaben.

Lediglich die Ostsee ist Thema. So sollen Hochwasser- und Küstenschutzmaßnahmen beschleunigt werden. Zudem will die künftige Bundesregierung die Bergung der Munitionsaltlasten fortführen und durch ein bundesweites Kompetenzzentrum stärken. „Das ist ein wichtiges Signal“, sagt Umweltminister Tobias Goldschmidt (Grüne).

Ansonsten enthalte der Vertrag mit Blick auf Schleswig-Holstein aber „bittere Pillen“, so der Grünen-Politiker. „Wir müssen mit einer Politik gegen die Energiewendewirtschaft in unserem Land rechnen.“ Goldschmidt fürchtet unter anderem Einschränkungen beim Ausbau der Windenergie und ein „Chaos“ beim

Gebäudeenergiegesetz.

Für den Unternehmensverband Nord erweckt der Koalitionsvertrag „keine richtige Aufbruchstimmung“, sagt Hauptgeschäftsführer Michael Thomas Fröhlich. Kritisch sehe er unter anderem die Vorgaben zum Mindestlohn, der künftig bei 15 Euro liegen soll.

„Dass die neue Bundesregierung in die Verteidigungsfähigkeit des Landes investieren will, ist dagegen eine sehr gute Nachricht für die Rüstungsindustrie in Schleswig-Holstein“, so Fröhlich. Zu begrüßen sei auch die geplante Abschaffung des Lieferkettengesetzes.

Beim Thema Verkehr bleibt der Koalitionsvertrag oft vage. „Er benennt konkret lediglich Projekte nach Osteuropa – keine Spur von den Korridoren nach Norden“, kritisiert der SSW-Bundestagsabgeordnete Stefan Seidler.

Rückenwind gibt es für die Autobahn 20 in Schleswig-Holstein. Am Bundesverkehrswegeplan will die neue Regierung festhalten, darin ist auch der Bau der A20 festgeschrieben. Beim Planungspro-



„Der Vertrag benennt Projekte nach Osteuropa – keine Spur von Korridoren nach Norden.“

Stefan Seidler,
SSW-Bundestagsabgeordneter



„Wir müssen mit einer Politik gegen die Energiewendewirtschaft im Land rechnen.“

Tobias Goldschmidt,
Umweltminister (Grüne)

zess soll zudem generell eine verbindliche Stichtagsregelung zum frühestmöglichen Zeitpunkt eingeführt werden.

„Das wird bei langwierigen Infrastrukturprojekten wie der A20 sehr helfen“, sagt Verkehrsminister Claus Ruhe Madsen (CDU). Massive Verzögerungen ließen sich so leichter vermeiden.

Für die Grünen-Abgeordnete Nelly Waldeck steckt in dem Papier derweil „ein zu großer Fokus auf die Straße“. Sie habe die Sorge, dass wenig

Geld für die Schiene bleibe. „Mit der geplanten Absenkung der Lkw-Maut fehlt die Finanzierungsgrundlage für Sanierung und Ausbau der Bahnstrecken.“ Verkehrsminister Madsen sieht dagegen auch durch einen geplanten Eisenbahninfrastrukturfonds „Rückenwind für die Schiene“.

Lob gibt es aus der Wohnungswirtschaft. „Der Koalitionsvertrag nimmt den Fokus von der Energieeffizienz und erklärt die CO₂-Reduktion zur

zentralen Steuerungsgröße“, sagt Andreas Breitner vom Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen. „Hierdurch werden sowohl für die Mieter- als auch für die Vermieterseite dramatisch Kosten reduziert.“

Stefan Scholtis, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands SH (Dehoga), begrüßte die geplante dauerhafte Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf Speisen in Restaurants. Dass die Umsetzung aber erst fürs kommende Jahr geplant sei, verlängere „die Durststrecke für Gastronomen“.

Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) lobte den Koalitionsvertrag. So fänden sich im Bereich der Migrationspolitik zentrale Forderungen der Landesregierung wieder, wie zum Beispiel die Verstärkung von Rückführungen. Auch die Schaffung einer „Work-and-stay-Agentur“ zur Sicherung der Fachkräftegewinnung sei „essenziell für die Zukunftsfähigkeit Schleswig-Holsteins“.

SH | 9/10

Für Wehrübungen soll es künftig Bildungsurlaub geben

Landesregierung will Arbeitgeber verpflichten, ehemalige Soldaten unkompliziert freizustellen

VON ULF CHRISTEN

KIEL. Schleswig-Holstein will als erstes Bundesland ehemaligen Soldaten Bildungsurlaub für Wehrübungen gewähren. Das sieht eine Kabinettsvorlage vor, über die Wirtschaftsminister Claus Ruhe Madsen (CDU) den Landtag informierte. Der Verband der Reservisten begrüßt die Reform „außerordentlich“, der Unternehmensverband (UV Nord) ist skeptisch.

„Wir möchten unserer Bundeswehr den Rücken stärken“, betont Madsen. Angesichts der veränderten Sicherheitslage könne es nicht angehen, dass engagierte Reservisten für eine Übung oder eine andere Weiterbildung regulären Urlaub beantragen müssten. Nicht mehr zeitgemäß sei auch die Regelung, dass der Arbeitgeber die Teilnahme an einer Wehrübung genehmigen müsse. „Die Landesverteidigung muss auch im Wirtschaftsleben Priorität haben.“

Rund 25.000 Reservisten,

also ehemalige Soldaten unter 65 Jahren, dürften in Schleswig-Holstein von dem Gesetzesentwurf betroffen sein. Eine genaue Zahl hat selbst der Reservistenverband nicht. Grund: Mit der Aussetzung der Wehrpflicht wurden Ende 2012 die Kreiswehersatzämter aufgelöst. Seitdem weiß die Bundeswehr nicht mehr, wo sich ihre ehemaligen Soldaten aufhalten. Nachfragen bei den Meldeämtern würden nichts bringen, heißt es bei der Bundeswehr. Die Ämter würden die Adressen der ehemaligen Soldaten aus Datenschutzgründen nicht herausgeben.

So oder so: Reservisten in Schleswig-Holstein sollen laut Madsen bis zu fünf Tage Bildungsurlaub im Jahr nehmen können. Private Arbeitgeber, so der Entwurf, müssten ihre Mitarbeiter während der Freistellung für den Bund nicht entlohnen. Die Bundeswehr zahlt dafür Tagegeld.

Marc Lemmermann, Vorsitzender des Reservistenverbandes Schleswig-Holstein,



Die Landesverteidigung muss auch im Wirtschaftsleben Priorität haben.

Claus Ruhe Madsen (CDU), Wirtschaftsminister

lobt die Pläne als „ganz hervorragend“. Bisher hätten Reservisten Wehrübungen von ihrem normalen Urlaub abknapsen und manchmal bei ihrem Arbeitgeber um Teilnahme „betteln“ müssen. Der Oberst der Reserve erinnert allerdings auch daran, dass andere Nato-Partner ihre Ex-Soldaten wesentlich besser behandeln. So würden Arbeitgeber in den USA die Gehälter während Wehrübungen wei-

terzahlen. Auch der UV Nord weiß um die Bedeutung der Bundeswehr. „Die Arbeitgeber laufen naturgemäß nicht mit verschlossenen Augen durch die Welt und wissen, dass sie auch einen Beitrag leisten müssen, um die Sicherheit des Landes, seiner Wirtschaft und seiner Beschäftigten zu stärken“, versichert Hauptgeschäftsführer Michael Thomas Fröhlich. Aber: „In der Umsetzung wird es darauf ankommen, keine weiteren bürokratischen Hürden aufzubauen und in betrieblichen Ausnahmefällen eine Freistellung zu untersagen.“

Die Befürchtung des UV Nord, dass deshalb die Produktion stocken könnte, teilt Madsen nicht. Begründung: Der Reservist soll seine Uniform nicht von einem Tag auf den anderen überstreifen, sondern sein Unternehmen mindestens zwei Wochen vor einer Wehrübung informieren müssen. Damit hätte der Arbeitgeber dann Zeit, die Produktion anders zu organisieren.

Hamburger Abendblatt 05./06.04.2025

Strafzölle: Hapag-Lloyd erwägt Umstellung der Liniendienste

Hamburgs Wirtschaft reagiert geschockt auf US-Politik. Im Hafen überlegt man nun bereits, intensiver nach neuen Handelspartnern zu suchen

Hamburg. Die von US-Präsident Donald Trump verhängten Strafzölle stoßen auf Entsetzen. In der Hamburger Wirtschaft, die vom Weltmarkt gut lebt, ist die Aufregung groß. Besonders betroffen ist der Hamburger Hafen, für den die USA bisher der zweitwichtigste Handelspartner waren.

„Die Zölle der US-Regierung sind ein Tiefschlag gegen die deutsche sowie die europäische Wirtschaft. Das betrifft auch Häfen, über die Waren in die USA verschifft werden“, sagt Angela Titzrath, die Vorstandsvorsitzende der HHLA. Noch sei nicht abschbar, wie sehr die Zölle sich auf die Warenströme auswirken werden. „Sicher ist, dass die Industrie und somit auch die Logistik darunter leiden werden.“

Gleichwohl betonte Titzrath, dass die HHLA auch andere Handlungsoptionen habe. „Wir haben die HHLA in den vergangenen Jahren gut aufgestellt, um flexibel auf Verschiebungen in den Lieferketten reagieren zu können.“ Wie das Abendblatt kürzlich berichtete, zieht der Hafen zunehmend Indienstleistungen an. Die Ladungsmengen von dort könnten Ausfälle aus den USA zum Teil kompensieren.

Auch Hamburgs Traditionsreederei Hapag-Lloyd denkt darüber nach, ihre Liniendienste umzustellen. „Diese Zölle können sich auf die Nachfrage, die Handelsströme und die Kosten auswirken, sodass wir möglicherweise unser Servicenetz anpassen müssen“, sagte Vorstandschef Rolf Habben Jansen.

„Die Gesamtauswirkungen und die Dauer dieser Maßnahmen sind aktuell sehr schwer abzuschätzen.“

Habben Jansen befürchtet, dass die Erhebung von Strafzöllen die Wirtschaft dieses Mal schwerer treffen wird als zu den Zeiten ersten Trump-Administration bis zum Jahr 2020. „Wir müssen flexibel bleiben



Altenerwerder fertigt bisher viele Transatlantikdienste ab. DPA IMAGES

und unser Netzwerk oder unsere Kapazitäten bei Bedarf an die Nachfrage unserer Kunden anpassen.“

Doch trifft der Zoll-Hammer nicht nur den Hafen, auch die Luftfahrt. Deshalb erwägt Airbus eine Umorientierung. Der Luftfahrtkonzern war 2019 bereits wegen eines Subventionsstreits von der damaligen US-Regierung mit zehn Prozent Zöllen belegt worden. Seinerzeit hatte Airbus US-Kunden von Preiserhöhungen freigestellt und die Zölle absorbiert. Dieses Mal geht der Flugzeugbauer eine andere Strategie: „Wir haben enorme Nachfrage aus dem Rest der Welt“, sagte Airbus-Chef Guillaume Faury kürzlich dem US-Sender „CNBC“. „Wenn wir also erhebliche Schwierigkeiten bekommen, in die USA zu

liefern, können wir Lieferungen an andere Kunden vorziehen.“

In einer konzertierten Aktion fordern jetzt die Handelskammer und der Unternehmensverband Nord (UV Nord) den Senat auf, tätig zu werden und den Reformstau aufzulösen. „Hamburg kann – noch – aus einer Position der relativen Stärke die wesentlichen Weichen in Richtung Zukunft stellen. Nötig ist auch in Hamburg eine entschlossene Zukunftsgenda für die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Standortes“, heißt es in der Erklärung. „Entscheidend ist weiter, dass Hamburgs Politik in Berlin laut und deutlich unsere Interessen vertritt, denn Hamburg trägt als großer Industrie- und Hafenstandort sowie als Außenhandelsstandort Num-

mer eins gerade in der aktuellen geopolitischen Situation eine besondere Verantwortung und Relevanz für ganz Deutschland.“

„Das, was Donald Trump dort verkündet hat in dieser Nacht, ist ein schwerer Einschnitt, und er darf nicht ohne Antwort bleiben“, sagte Hamburgs Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD). Hamburg würde von den Strafzöllen sehr stark betroffen. „Wir spüren überall in unserer international ausgerichteten Wirtschaft, wenn es zu weltweiten Handelsbeschränkungen oder Krisen kommt.“ Tschentscher rät dazu, jetzt Freihandelsabkommen mit anderen Staaten zu schließen. „Das muss jetzt der Kurs der Europäischen Union und der neuen Bundesregierung sein.“ mk

Drei Branchen in Schleswig-Holstein besonders unter Druck

Trotz eines vergleichsweise niedrigen Exportanteils in die USA gefährden die Zölle Donald Trumps auch den Norden

Frank Jung

KIEL Chemikalien, Pharmazeutika und Maschinen wie etwa Pumpen, Getriebe oder Armaturen: Vor allem diese drei Branchen in Schleswig-Holstein sieht die Industrie- und Handelskammer (IHK) durch das umfassende Zollpaket von US-Präsident Donald Trump betroffen. Das sagte der Außenhandelsexperte der IHK Schleswig-Holstein, Werner Koopmann, unserer Redaktion.

Während der Exportanteil Schleswig-Holsteins in die USA 2024 6,5 Prozent aller Ausfuhren ausmachte, betrug die Quote für die Bundesrepublik zehn Prozent. „Die mittelbare Betroffenheit kann aber auch für Schleswig-Holstein durchaus größer ausfallen, als es diese 6,5 Prozent nahelegen“, sagt Koopmann. Er hat Unternehmen in Drittländern vor Augen, die aus Schleswig-Holstein Produkte beziehen, weiterverarbeiten und dann in die USA verkaufen – und dort jetzt ebenfalls wegen der höheren Zollschränken auf Absatzhindernisse stoßen.

Nach Einschätzung von Michael Thomas Fröhlich, Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände UV Nord, ist das US-Zollpaket schon allein wegen der überragenden Bedeutung des Hamburger Hafens für die Nord-Wirtschaft eine Gefahr. „Die Zölle treffen die Metropolregion Hamburg empfindlich“, so Fröhlich – „nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass ein großer Teil des Welthandels über den Hamburger Hafen abgewickelt wird und die Hansestadt weite Teile der Republik hierüber beliefert.“

Auch wenn die Diagnostik Trumps nicht immer vollständig falsch ist, so Fröhlich

– „die von ihm gewählten Therapiestrategien schießen weit über das Ziel hinaus.“

Laura Pooth, Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Nord, nennt Trumps Vorgehen „irrwitzig“. Es verheißt nichts Gutes, weder für die Beschäftigten noch für die Verbraucher auf beiden Seiten des Atlantiks. „Umso wichtiger ist es jetzt, die europäische Binnennachfrage zu stärken und das Investitionspaket der neuen Bundesregierung schnell und effektiv umzusetzen“, betont Pooth.

„Ich empfehle der Politik, den Europäischen Binnenmarkt flott zu machen.“

Werner Koopmann
IHK-Außenhandelsexperte

Auch IHK-Außenhandelsexperte Werner Koopmann empfiehlt der Politik, „den Europäischen Binnenmarkt flott zu machen“. Er sieht ungenutzte Potentiale durch noch zu viele nationale Zusatzregulierungen, Bürokratie und mangelnde Flexibilität für Unternehmen. „Ich glaube, man sollte nicht sämtliche Ressourcen in die Beobachtung von Trump stecken“, so Koopmann, sondern stattdessen nach Alternativ-Chancen gucken. Dazu zählt der IHK-Experte auch „bilaterale Verträge“ der EU mit anderen Partnern – etwa das von den einzelnen Mitgliedstaaten noch nicht vollständig ratifizierte Mercosur-Abkommen mit Südamerika oder auch Abkommen etwa mit Indien und Australien. „Da gibt es noch eine Menge, was auf der Straße liegt.“

Hoffen auf die Bundeswehr-Milliarden

Deutsche Streitkräfte bekommen mehr Geld – Wehrtechnik-Unternehmen in SH möchten davon profitieren – A20 im Blick

VON CHRISTIAN RISCH

KIEL. Angesichts der angekündigten Milliarden-Investitionen für die Bundeswehr hoffen Rüstungsfirmen in Schleswig-Holstein auf neue Aufträge. „Von der massiven Stärkung der Bundeswehr wird die Wehrtechnik in Schleswig-Holstein überproportional profitieren“, sagt Michael Thomas Fröhlich, Hauptgeschäftsführer des Unternehmensverbandes Hamburg und Schleswig-Holstein (UV Nord). Das bringe neue Jobs und werde sich positiv auf die Standorte auswirken. Die Wehrtechnik in Schleswig-Holstein habe sich in den vergangenen Jahren zu einer wichtigen Säule der Wirtschaft mit hoch qualifizierten Arbeitsplätzen entwickelt, fügt Fröhlich hinzu.

Der Sprecher des Arbeitskreises Wehrtechnik Schleswig-Holstein, Dieter Hanel, sagt, die Unternehmen gingen „aufgrund ihrer technologischen Kompetenz und ihres breiten Produktspektrums“ davon aus, angemessen an den Beschaffungsvorhaben beteiligt zu werden. Derzeit ließen sich über die Vorhaben der Bundeswehr und auf EU-Ebene aber noch keine Aussagen machen.

Das habe zwei Gründe: Nach dem Regierungswechsel müsse im Bundestag noch der Verteidigungshaushalt für 2025 und die Folgejahre verabschiedet werden, und auf dem NATO-Gipfel im Juni dieses Jahres solle über die „Schließung von Fähigkeitslücken im Bündnis entschieden werden“, sagt Hanel.

In Schleswig-Holstein sei



Großer Marktteilnehmer: Auf dem Gelände der ThyssenKrupp Marine Systems GmbH in Kiel liegt das U-Boot „Rahav“ (I.), das für die israelische Marine produziert wurde (Archivbild).

FOTO: CARSTEN REHDER/DPA

en knapp 40 Unternehmen in der Wehrtechnik tätig, davon allein 19 in der Landeshauptstadt Kiel. 20 Unternehmen seien dem Marineschiffbau und der Marinetchnik zuzurechnen. Insgesamt hätten die Unternehmen rund 8700 Beschäftigte. Dies sei seit 2014 ein Anstieg von knapp 50 Prozent, erklärt der Sprecher des Arbeitskreises Wehrtechnik.

Allein das Unternehmen Rheinmetall mit zwei Standorten in Schleswig-Holstein verzeichnete 2024 einen Zuwachs bei den Beschäftigten

von mehr als zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr und plane weiterhin die Einstellung von neuem Personal, sagt Hanel. Ein Neuzugang in Kiel sei das kanadische Unternehmen OSI Systems.

Faktor Ukraine

Über die Bundeswehr hinaus wird das Wachstum Hanel zufolge aber auch stark von den Unterstützungsleistungen für die Ukraine und von den Auslandsaufträgen bestimmt.

Für die Verteidigungsfä-

higkeit sei auch eine leistungsfähige Infrastruktur wichtig, betont UV-Nord-Hauptgeschäftsführer Fröhlich. Damit erhalte insbesondere die A20 eine noch größere Bedeutung. Der Weiterbau der Autobahn sei nicht nur für die Wirtschaft existenziell. Auch in Bezug auf sicherheitspolitische Vorkehrungen sei sie „für militärische Transporte strategisch unverzichtbar“. Dies müsse bei der Umsetzung von Vorhaben eine wesentlich wichtigere Rolle spielen. Bei einem Wehrtechnik-Gipfel

mit Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) verabschiedeten die Teilnehmer vor zwei Wochen ein gemeinsames Positionspapier. Die Erwartungen der wehrtechnischen Industrie Schleswig-Holsteins an Aufträge aus dem 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen der Bundeswehr seien bisher nicht erfüllt worden, sagte Günther. Dabei gebe es erhebliche Bedarfe der deutschen Marine, den die schleswig-holsteinischen Werften und Zulieferunternehmen decken könnten.

Durcheinander bei der inneren Uhr

Welche gesundheitlichen Konsequenzen der Verlust einer Stunde haben kann, erklärt Tim Hollstein vom Kieler Uniklinikum

Susanne Link

KIEL Sonntagsmorgen, 7 Uhr – oder doch erst 6 Uhr? Ein weiteres Jahr, eine weitere verlorene Stunde und erneut gerät unsere innere Uhr aus dem Gleichgewicht. Sie orientiert sich nicht daran, wo der Zeiger auf der Uhr steht, sondern am Tageslicht. Diese innere Uhr wird maßgeblich von Hormonen wie Melatonin und Cortisol gesteuert, die den Schlaf-Wach-Rhythmus regulieren.

Wie Licht unseren Rhythmus beeinflusst

Bei Dunkelheit wird Melatonin ausgeschüttet, es hilft uns, müde zu werden und einzuschlafen. Morgens, wenn das Tageslicht zunimmt, sinkt die Produktion des Schlafhormons, während der Cortisol-Spiegel steigt. So das Grundprinzip. Nach der Zeitumstellung bleibt es abends aber plötzlich länger hell, der Körper schüttet deshalb auch erst später Melatonin aus. Das sorgt bei manchen Menschen dafür, dass sie nicht rechtzeitig einschlafen und am nächsten Morgen müde am Frühstückstisch sitzen, gefolgt von einem zähen Tag. Manche Menschen sind kurz nach der Umstellung auch unkonzentrierter oder gereizter als sonst. „Im Durchschnitt brauchen wir sieben bis neun Stunden Schlaf. Wenn wir aber



Tim Hollstein Foto: UKHS

schlecht oder zu wenig schlafen, dann steigt das Stresshormon Cortisol stark an. Dadurch kommt es zu einem Blutzuckeranstieg“, sagt Tim Hollstein, Oberarzt am Universitätsklinikum Schleswig-Holstein in Kiel.

Wenn der Schlaf-Wach-Rhythmus durcheinander gerät, produziert der Körper auch vermehrt das Hungerhormon Ghrelin. Forscher aus Lübeck haben das untersucht. Wer zu wenig oder schlecht schläft, isst dadurch mehr. Unausgeschlafene Versuchspersonen nahmen beispielsweise im Schnitt 300 Kilokalorien mehr zu sich als ausgeschlafene. „Wir

wollen dann auch eher ungesundes Essen“, sagt Hollstein.

Die Zeitumstellung hat noch eine weitere Folge: „Wir wissen, dass diese hormonellen Veränderungen unter Stress das Risiko für Herzinfarkte und Schlaganfälle erhöhen“, sagt Hollstein. In den Tagen nach der Umstellung auf die Sommerzeit steigt Forschern aus den USA zufolge die Wahrscheinlichkeit für Herzinfarkte um 24 Prozent, andere Studien zeigen einen niedrigen Anstieg. Männer und Personen, die Herzmedikamente einnehmen, sind besonders gefährdet.

„Nach der Zeitumstellung ist es wichtig, möglichst viel Zeit draußen zu verbringen und Sonnenlicht zu tanken. Dann kalibriert sich die innere Uhr neu“, sagt Hollstein. Nach zwei oder drei Tagen sollten sich die meisten Symptome reguliert haben.

„Das kostet die Unternehmen Geld“

Sebastian Schulze vom Unternehmensverband Nord sieht nur wenig wirtschaftlichen Nutzen in der Zeitumstellung



Sebastian Schulze Foto: UV Nord

KIEL Jedes Jahr stellen wir die Uhren um, im Frühjahr eine Stunde vor und im Herbst zurück zur Normalzeit. Doch bringt das überhaupt etwas? Die Zeitumstellung, die 1980 nach der Ölkrise eingeführt wurde, hatte das Ziel, Energie zu sparen. Mehr Tageslicht sollte den Stromverbrauch senken. Heute ist sich das Umweltbundesamt aber nicht mehr so sicher, wie effektiv das wirklich ist.

Stromersparnis: Nutzen eher gering

Wenn am 30. März die Uhren eine Stunde vorgestellt werden, spart das in den Abendstunden zwar Strom, weil weniger Menschen das Licht einschalten. Die Ersparnis dürfte aber in den vergangenen Jahren durch effizientere Leuchtmittel gesunken sein. Und da wäre noch eine

umstellung“, sagt er.

Einige Arbeitnehmer litten in den Tagen danach an Schlaf- und Konzentrationsstörungen, mit Folgen für die Arbeitgeber. „Der gestörte Biorhythmus und die daraus folgende Müdigkeit können durchaus zu einer niedrigeren Effizienz am Arbeitsplatz führen. Das kostet die Unternehmen Geld“, sagt Schulze. Zudem müssten mitunter Arbeits-schichten und Produktionsabläufe angepasst werden. „Auch dadurch entstehen zusätzliche administrative Kosten für die Unternehmen“, erklärt Schulze und fügt hinzu: „In der EU konnte für eine Abschaffung aber leider noch keine Einigung erzielt werden.“

Sache: Im Frühjahr und im Herbst heizen die Menschen mehr, weil die Temperaturen um 7 Uhr so niedrig sind wie vorher um 6 Uhr. Wissens-schaftlern zufolge kommt es deshalb insgesamt nur zu geringen Einsparungen.

Und der wirtschaftliche Nutzen? Mit längeren Abenden können Menschen zwar nach der Arbeit noch einkaufen oder ihre Freizeit in Restaurants und bei Veranstaltungen genießen. Doch für Sebastian Schulze, Geschäftsführer des Unternehmensverbands Nord, überwiegen die Nachteile. „Aus wirtschaftlicher Sicht spricht nicht wirklich etwas für die Zeit-

Die Diskussion über das Für und Wider gipfelte 2018 in einer Umfrage der Europäischen Kommission. Die Mehrheit sprach sich für die Abschaffung der Zeitumstellung aus – und die Mitgliedsstaaten sollten sich dauerhaft für Sommer- oder Normalzeit entscheiden. Die Staaten können sich aber nicht einigen. Das hängt unter anderem damit zusammen, dass die Abschaffung besonders die Menschen im Westen und im Osten Europas trafe. Und deshalb wird vorerst weiter halbjährlich an der Uhr gedreht. sul

ZEIT
UM
STELL
UNG

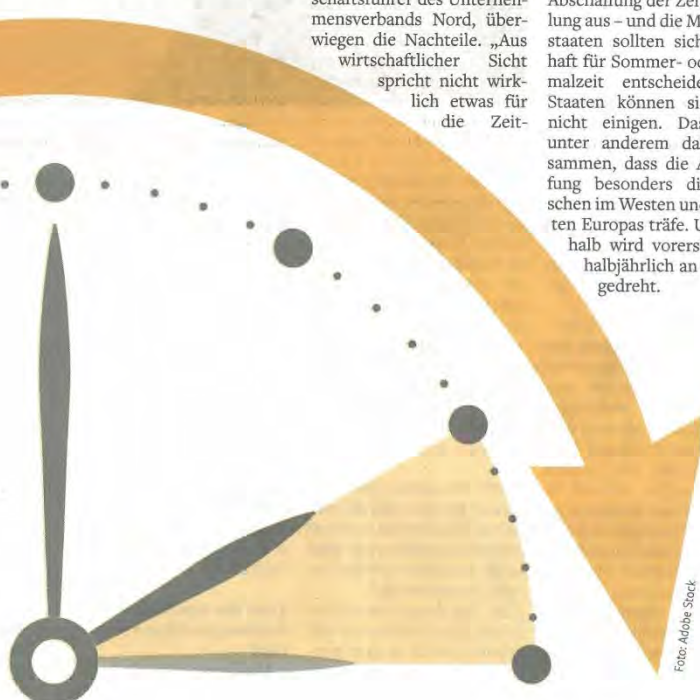


Foto: Adobe Stock

Wehrtechnik in Schleswig-Holstein hofft auf neue Aufträge

Die Bundeswehr soll mit hohen Milliardensummen modernisiert werden – Das weckt Hoffnungen bei den Rüstungsunternehmen

KIEL. Angesichts der angekündigten Milliarden-Investitionen für die Bundeswehr hoffen Rüstungsfirmen in Schleswig-Holstein auf neue Aufträge. „Von der massiven Stärkung der Bundeswehr wird die Wehrtechnik in Schleswig-Holstein überproportional profitieren“, ist sich der Hauptgeschäftsführer des Unternehmensverbandes Hamburg und Schleswig-Holstein (UV Nord), Michael Thomas Fröhlich, sicher.

Das bringe neue Jobs und

werde sich positiv auf die Standorte auswirken. Die Wehrtechnik in Schleswig-Holstein habe sich in den letzten Jahren zu einer wichtigen Säule der Wirtschaft mit hochqualifizierten Arbeitsplätzen entwickelt, sagt Fröhlich.

Der Sprecher des Arbeitskreises Wehrtechnik Schleswig-Holstein, Dieter Hanel, sagt, die Unternehmen gingen „aufgrund ihrer technologischen Kompetenz und ihres breiten Produktspektrums“ davon aus, angemessen an

den Beschaffungsvorhaben beteiligt zu werden.

Derzeit ließen sich über die Vorhaben der Bundeswehr und auf EU-Ebene aber noch keine Aussagen machen. Das habe zwei Gründe: Nach dem Regierungswechsel müsse im Bundestag noch der Verteidigungshaushalt für 2025 und die Folgejahre verabschiedet werden, und auf dem Nato-Gipfel im Juni dieses Jahres solle über die „Schließung von Fähigkeitslücken im Bündnis entschieden werden“.



Rheinmetall setzt auch in Kiel auf Wachstum. FOTO: ULF DAHL

In Schleswig-Holstein seien knapp 40 Unternehmen in der Wehrtechnik tätig, davon allein 19 in Kiel. 20 Unter-

men seien dem Marineschiffbau und der Marinetechnik zuzurechnen. Insgesamt hätten die Unternehmen rund 8700 Beschäftigte. Dies sei seit 2014 ein Anstieg von knapp 50 Prozent, erklärt der Sprecher des Arbeitskreises Wehrtechnik. Allein das Unternehmen Rheinmetall mit zwei Standorten in Schleswig-Holstein verzeichne 2024 einen Zuwachs bei den Beschäftigten von über zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr, sagt Hanel.

Bei einem Wehrtechnik-

Gipfel mit Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) verabschiedeten die Teilnehmer vor zwei Wochen ein gemeinsames Positionspapier. Die Erwartungen der wehrtechnischen Industrie Schleswig-Holsteins an Aufträge aus dem 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen der Bundeswehr seien bisher nicht erfüllt worden, sagte Günther. Dabei gebe es erhebliche Bedarfe der deutschen Marine, den die Werften und Zulieferunternehmen decken könnten.

Hamburger Abendblatt 24.03.2025

Absage an die CDU kam beim Roastbeefessen

Die SPD hält an der rot-grünen Zusammenarbeit fest. CDU-Chef Dennis Thering zeigt sich nicht enttäuscht: „So ist eben Politik“

Miriam Oprenik

Hamburg. Die Nachricht kam am frühen Abend, als Dennis Thering gerade mit seiner Frau und seiner Tochter in einem Restaurant war und Roastbeef aß. Per SMS teilte Melanie Leonhard, Landesvorsitzende der SPD, dem CDU-Chef mit, dass sich der Landesvorstand der SPD dazu entschlossen habe, erneut mit den Grünen in Koalitionsverhandlungen zu gehen – und nicht mit der CDU.

Nachdem die SPD aus der Bürgerschaftswahl am 2. März als deutlich stärkste Kraft hervorgegangen war, hatten die Sozialdemokraten in den vergangenen Wochen intensive Sondierungsgespräche mit den Grünen und der CDU geführt. Erst



Halten an ihrer Zusammenarbeit fest: Katharina Fegebank und Peter Tschentscher (hier am Abend der Bürgerschaftswahl). In der kommenden Woche sollen die Koalitionsverhandlungen in Hamburg beginnen.

MICHAEL RAUHE

der A26-Ost und der Druck auf dem Kessel beim Ersatz der Köhlbrandbrücke sind gesetzt.“ Man habe vollstes Vertrauen in die SPD, in einer neuen Koalition die für den Wirtschafts- und Industriestandort so wichtigen Akzente zu setzen, heißt es.

Der Nabu Hamburg begrüßt die Entscheidung der SPD, Koalitionsverhandlungen mit den Grünen aufzunehmen. „Diese Fortsetzung der Zusammenarbeit bietet aus unserer Sicht die Chance, wichtige Umwelt- und Naturschutzprojekte der Stadt weiterzuführen, zu verstärken und die Stadt insgesamt weiter zu transformieren“, heißt es vom Naturschutzbund.

Dazu gehöre eine Abkehr von der autogerechten Stadt ebenso, wie der Umbau zur klimaresilienten Metropole. „Wir setzen als Ergebnis auf einen fairen Koalitionsvertrag, der die Interessen der Mehrheit der

Wir wollen weiter eine Politik machen, die Hamburg vereint.

Melanie Leonhard und Nils Weiland, SPD-Landesvorstand



Hamburg hätte stark davon profitiert, die gleiche Konstellation wie in der neuen Bundesregierung zu haben.

Dennis Thering, CDU-Landesvorsitzender

am Freitag hatte der Landesvorstand der SPD die Entscheidung über den künftigen Koalitionspartner verlegt. Auch zur Überraschung der CDU: „Wir hatten mit einer Entscheidung gerechnet und waren überrascht, dass die SPD diese nicht bereits am Freitag getroffen hat“, sagt Thering. Seiner Meinung nach sei das ein Zeichen dafür, dass die Entscheidung dem Landesvorstand schwerer gefallen sei, als ursprünglich vielleicht vermutet.

Überrascht, dass die SPD diese nicht bereits am Freitag getroffen hat“, sagt Thering. Seiner Meinung nach sei das ein Zeichen dafür, dass die Entscheidung dem Landesvorstand schwerer gefallen sei, als ursprünglich vielleicht vermutet.

Aus diesem Grund will der Vorsitzende der CDU-Fraktion angesichts der Absage auch nicht von einer Enttäuschung sprechen. „Natürlich hätte ich mir eine Zusammenarbeit zwischen SPD und CDU und den so wichtigen Aufbruch für unsere Stadt gewünscht. Aber so ist eben Politik“, versichert Thering knapp 20 Stunden nach der Entscheidung der SPD. „Wir hatten

zwei hervorragende und vertrauensvolle Sondierungsgespräche, in denen es viele Übereinstimmungen in den wichtigen Zukunftsfragen unserer Stadt gab.“

Dass sich die SPD mit ihrem Ersten Bürgermeister Peter Tschentscher nun doch für die Fortsetzung der rot-grünen Koalition entschieden habe, sei zwar schade für Hamburg, für ihn persönlich allerdings nur ein Zeichen, dass die SPD in Hamburg noch nicht so weit sei. „Noch nicht“, betont er und gibt sich kämpferisch. „Nach unserem Wahlerfolg hat uns eine Welle der Euphorie erfasst. Und auf dieser werden wir bis zu den nächsten Wahlen weiter schwimmen und dafür hart arbeiten, dass es in fünf Jahren nicht mehr für rot-grün in Hamburg reicht.“

„Noch nicht“, betont er und gibt sich kämpferisch. „Nach unserem Wahlerfolg hat uns eine Welle der Euphorie erfasst. Und auf dieser werden wir bis zu den nächsten Wahlen weiter schwimmen und dafür hart arbeiten, dass es in fünf Jahren nicht mehr für rot-grün in Hamburg reicht.“

„Noch nicht“, betont er und gibt sich kämpferisch. „Nach unserem Wahlerfolg hat uns eine Welle der Euphorie erfasst. Und auf dieser werden wir bis zu den nächsten Wahlen weiter schwimmen und dafür hart arbeiten, dass es in fünf Jahren nicht mehr für rot-grün in Hamburg reicht.“

deutlich erleichtert, dringend benötigte finanzielle Mittel nach Hamburg zu holen und im Bundesrat auch ohne die Grünen und Linken eine Mehrheit für die anstehenden Reformen im Bund zu organisieren.“ Laut Thering hätten die Hamburgerinnen und Hamburger die CDU bei der Bürgerschaftswahl zur zweitstärksten Kraft in der Hansestadt gewählt und sich gewünscht, dass vor allem die Themen Verkehr, Wirtschaft und innere Sicherheit im neuen Senat prominenter vertreten werden.

Die Reaktionen auf die Fortsetzung des rot-grünen Bündnisses in Hamburg sind unterschiedlich. Während die Handelskammer die Koalitionspartner auffordert, neuen Senat prominenter vertreten werden.

Die Reaktionen auf die Fortsetzung des rot-grünen Bündnisses in Hamburg sind unterschiedlich. Während die Handelskammer die Koalitionspartner auffordert, schnellstmöglich eine handlungsfähige Regierung zu bilden, die die Wirtschaftspolitik ganz oben auf ihre Agenda setzt, warnt der Industrieverband Hamburg davor, dass es keinen „Senat der Blockade“ geben dürfe. „Die Industrie und ihre Beschäftigten in Hamburg brauchen nun einen Senat, der mit einer Stimme die wichtigen Infrastrukturvorhaben wie die A26-Ost und die

Köhlbrandquerung schnell, parallel und entschlossen vorantreibt und die Basis der größten Industriestadt Deutschlands verbessert. Und wir brauchen einen Senat, der die wirtschaftspolitischen Vorhaben der neuen Bundesregierung unterstützt. Diese Bereitschaft muss im neuen rot-grünen Koalitionsvertrag klar vereinbart werden“, so der Vorsitzende des Industrieverbandes Hamburg, Andreas Pfannenber.

Industrieverband: Es darf keinen „Senat der Blockade“ geben

Die Industrie erwarte einen Hamburger Koalitionsvertrag, bei dem nicht nur vage Absichtserklärungen zu den wichtigen Standortfragen aufgeschrieben, sondern konkrete Projekte vereinbart werden.

Man benötige schnelle Entlastungen von Bürokratie und einen mutigen strategischen Plan für mehr Investitionen und die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandorts Hamburg, statt kleinteiliger Rezepte zur Linderung von Symptomen. „Eine wachsende Wirtschaft und Industrie ist notwendige Voraussetzung

um unsere Sicherheit zu garantieren, das Sozialsystem zu erhalten und die erforderliche Transformation zur Klimaneutralität zu schaffen“, heißt es vonseiten des Industrieverbandes.

Die Handelskammer Hamburg hatte bereits direkt nach der Wahl vom neuen Senat eine langfristige Strategie „zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ angemahnt und „mutige Investitionen in unseren Innovationsstandort, eine Vision für einen innovativen Hafen und wettbewerbsfähige Energiepreise“ gefordert.

Auch der UVNord, die Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein, erwartet „eine klare Antwort, eine Vision für einen innovativen Hafen und wettbewerbsfähige Energiepreise“ gefordert.

Auch der UVNord, die Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein, erwartet „eine klare Antwort, eine Vision für einen innovativen Hafen und wettbewerbsfähige Energiepreise“ gefordert.

„Die Wahl lässt die Verantwortung wachsen, dass die Themen Wirtschaft, Arbeit und Verkehr sowie Wohnen und Bauen, aber auch eine verantwortungsvolle Energiepolitik einen hohen Stellenwert einzunehmen haben. Das Umsetzen

Hamburgerinnen und Hamburger in den Mittelpunkt stellt.“ Eine Partnerschaft auf Augenhöhe sei entscheidend, damit ökologische und soziale Anliegen auch in der kommenden Legislaturperiode gleichermaßen berücksichtigt werden.

Der Landesvorstand der SPD hatte einstimmig dafür votiert, Koalitionsverhandlungen mit den Hamburger Grünen aufzunehmen. „Unser gemeinsames Ziel dabei ist es, die erfolgreiche Entwicklung unserer Stadt mit dem von Bürgermeister Peter Tschentscher geführten rot-grünen Senat in den kommenden fünf Jahren fortzuschreiben. Wir wollen weiter eine Politik machen, die Hamburg vereint und das Leben der Menschen in unserer Stadt besser macht“, hieß es danach von den SPD-Landesvorsitzenden Melanie Leonhard und Nils Weiland.

Die Grünen-Landesvorsitzenden Maryam Blumenthal und Leon Alam sprachen von „guten Nachrichten für Hamburg“. Die Gespräche zur Bildung des neuen Hamburger Senats sollen in der kommenden Woche im Rathaus beginnen.

Schaden Strafzölle der Wirtschaft in SH?

Bundesland durch kleinteilige Struktur weniger stark betroffen - Chancen durch Rüstungsaufträge

VON CHRISTIAN RISCH

LÜBECK. US-Präsident Donald Trump hat bereits mehrfach angekündigt, 25 Prozent Strafzölle auf Waren aus Europa zu erheben. Zuletzt redete er davon, dass diese Zölle von Anfang April an gelten sollen. In diesem Fall würden die Exporte der EU in die USA schon im ersten Jahr der Maßnahmen drastisch zurückgehen, sagt Julian Hinz vom Kieler Institut für Weltwirtschaft. Im Durchschnitt würde der Rückgang 15 bis 17 Prozent betragen, wobei Deutschland mit einem Rückgang von bis zu 20 Prozent besonders betroffen wäre. Insgesamt würden die deutschen Exporte um etwa 1,5 Prozent sinken.

Im Norden würde dieser Schritt vor allem die Bereiche Stahl, Metall- und Elektroindustrie und Autozulieferer betreffen, sagt Michael Thomas Fröhlich, Hauptgeschäftsführer des Unternehmensverbandes Hamburg und Schleswig-Holstein (UV Nord). „Wir sind besorgt über die Entwicklung, aber nicht völlig unvorbereitet auf das, was auf uns zukommt“, sagt er im LN-Gespräch. Mit einer „großen Katastrophe“ rechnet er nicht, auch nicht mit dem Abbau von Arbeitsplätzen durch Strafzölle.

Was die Schritte der US-Regierung konkret bedeuten, ist Unternehmen und Verbänden noch unklar. „Wir wissen zurzeit noch nicht, ob und wie stark wir von den Strafzöllen betroffen sein werden“, sagt Melanie Kamann, Sprecherin von Dräger in Lübeck. Der Konzern für Medizin- und Sicherheitstechnik hat selbst drei Standorte in den USA – den Hauptsitz in Telford bei Philadelphia sowie in Andover und in Houston.

Werner Koopmann, Leiter Internationales bei der IHK Schleswig-Holstein, sagt, für eine Bewertung sei es noch zu



Containershipf im Hamburger Hafen: Strafzölle würden den Export von deutschen Waren in die USA stark bremsen.

FOTO: BODO MARKS/DPA

früh. „Wir müssen noch warten bis wir genau wissen, was da passieren soll, in welcher Höhe und welche Branchen betroffen sind.“

Bisher gebe es nur die Ankündigung. Das Geschäft der Lübecker Hafen-Gesellschaft sei im Regelfall nicht betroffen vom Thema US-Strafzölle, sagt LHG-Sprecherin Natascia Blumenthal. Im Jahr 2023 waren die USA nach den Niederlanden und Belgien der drittgrößte Exportmarkt Schleswig-Holsteins, berichtet Klaus Schrader vom Kieler Institut für Weltwirtschaft. Exporte in die USA machten 8 Prozent aus, das liege unter dem Bundesdurchschnitt (10 Prozent). Für

77 Von der massiven Stärkung der Bundeswehr wird Schleswig-Holstein überproportional profitieren.

Thomas Michael Fröhlich, UV Nord

einzelne Branchen in Schleswig-Holstein habe der Export in die USA einen wesentlich größeren Anteil, zum Beispiel bei Holzprodukten (23 Prozent) und im Maschinenbau (14 Prozent). Allerdings betrage der Anteil von Holz am schleswig-holsteinischen Gesamtexport nur 0,3 Prozent, während der Anteil von Maschinen sich auf fast 15 Prozent belaufe.

Wichtig sei für die norddeutsche Wirtschaft, dass man nicht in eine Strafzoll-Spirale gerate, die sich immer weiterdreht, erklärt der UV-Nord-Hauptgeschäftsführer Fröhlich. „Wir müssen sehen, dass wir das verhindern.“ Die Tatsache, dass die Wirtschaft in Schleswig-Holstein kleinteilig geprägt sei durch ihre vielen kleinen und mittelgroßen mittelständischen Unternehmen, sei in dieser Situation ein Vorteil, sagt Fröhlich.

Große Hoffnung setze die norddeutsche Wirtschaft in diesem Zusammenhang in die neue Bundesregierung und einen grundlegenden Wandel in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, sagt

Fröhlich. Insgesamt benötige die Wirtschaft mehr Resilienz und den Schutz kritischer Infrastruktur. Man müsse in dieser Situation auch angesichts der Strafzölle mehr auf die eigenen Stärken setzen.

Einen positiven Effekt habe die neue Weltlage für Schleswig-Holstein schon jetzt: „Von der massiven Stärkung der Bundeswehr wird die Wehrtechnik in Schleswig-Holstein überproportional profitieren“, sagt der UV-Nord-Hauptgeschäftsführer. Das bringe neue Jobs und werde sich auf die Standorte positiv auswirken. Unter anderem der Rüstungskonzern Rheinmetall hat in Schleswig-Holstein Standorte in Kiel und Flensburg.

Unfreiwillig unterbeschäftigt

Trotz Fachkräftemangels: Mehr als die Hälfte der Frauen arbeitet in Teilzeit

Margitta True

KIEL. Jede Arbeitskraft und jede Stunde Arbeitszeit würden gerade gebraucht, sagt Sebastian Schulze vom Unternehmensverband Nord. Dabei gebe es hier ein großes Potenzial: qualifizierte Frauen, die nur in Teilzeit tätig sind. Und das, so Schulze, könne sich die Wirtschaft in Schleswig-Holstein eigentlich nicht leisten.

Die Teilzeit-Quote bei den beschäftigten Frauen im Norden liegt bei 54 Prozent (Männer: knapp 15 Prozent). Das geht aus einer Arbeitsmarktprojektion von 2022 der Fachhochschule und des Instituts für Weltwirtschaft Kiel für das Wirtschaftsministerium hervor. Bei teilzeitbeschäftigten Müttern mit Kindern bis zu sechs Jahren gehe es um eine „unfreiwillige Unterbeschäftigung“. Die Gründe: Familienarbeit und fehlende institutionelle Kinderbetreuung. Neben den Rollenverteilungen in den

Familien, in denen Frauen auch in die Pflege der Eltern eingebunden sind, sieht der Sprecher der Arbeitgeber im Norden die Ursache in einem gewaltigen Investitionsstau: „Es fehlt an Infrastruktur. Das ist eine Katze, die sich in den Schwanz beißt.“ Mit dieser Einschätzung steht der Unternehmensverband Seite an Seite mit den Gewerkschaften.

Schulze zählt auf: Eingeschränkte Kinderbetreuung in Kitas, auch wegen Personal-mangels. Nicht verlässliche Ganztagschulen und zu lange Pendelwege im Flächenland. Mütter würden auch deswegen nicht nachmittags arbeiten, um ihre Kinder zum Sport oder Musikunterricht zu bringen, „weil die Schulbusse dann nicht mehr fahren“.

Aus Sicht einer Firma, sagt Sebastian Schulze, bedeute Teilzeit: Halbtags keine Ansprechpartner für die Kunden zu haben, „und das meistens, wegen der Kinder, nur am Vor-

mittag“. Und: eine halbe Stelle neu besetzen zu müssen. Doch mit wem?

Der eigentliche Höhepunkt des demografischen Wandels in zehn Jahren stehe noch bevor, so Christian Sehleier, Geschäftsführer der Fachgewerkschaft für Beamte und Beschäftigte der Kommunen in Schleswig-Holstein: „40 Prozent der aktuell Beschäftigten im öffentlichen Dienst gehen dann in Rente.“ Am Beispiel der Stadt Oldesloe skizziert er die jetzige Lage im öffentlichen Dienst: „Von 260 Stellen sind 60 nicht besetzt.“

An der Grenze zur Altersarmut

Dabei seien im öffentlichen Dienst Frauen oft höher qualifiziert und in höheren Entgeltgruppen angesiedelt. Bei einer Beschäftigten-Umfrage, erklärt Sehleier, hätten sich Männer mehr Gehalt und Frauen eher die 35-Stunden-Woche



DGB-Nord-Chefin Laura Pooth fordert mehr Kitaplätze und bessere Weiterbildungsangebote. Foto: Georg Wendt

bei vollem Lohnausgleich gewünscht.

Grund: die vielfältigen Aufgaben zu Hause, auch wegen der hohen Kosten von Pflegeheimplätzen für die Eltern: „Frauen bleiben in der Teilzeit-fälle aufgrund 30 Jahren gescheiterter Familienpolitik. Sie sind gezwungen, ihre Arbeitszeit zu reduzieren, weil ihnen der Staat in den Rücken fällt.“

Zugleich, so Sehleier weiter, sähen trotz der hohen Zahl ge-

scheiterter Ehen immer noch zu viele Frauen diese Institution als Absicherung für das Alter. Doch wenn diese scheitere, blieben die Frauen mit den wirtschaftlichen Folgen der unbezahlten Sorge-Arbeit allein. Die durchschnittliche Rente von 1100 Euro für Frauen bei Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst liege gerade so über der Grenze, nicht auf das Sozialsystem angewiesen zu sein.

Für die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi, so Landesleiterin Susanne Schöttke, „ist Teilzeitarbeit bei Frauen ein rotes Tuch“. Ebenso Mini-Jobs und Arbeit zu Niedriglöhnen: „53 Prozent der erwerbstätigen Frauen mit eigenem Einkommen können ihre Existenz nicht über ihren gesamten Lebensverlauf absichern“, zitiert sie aus einer Studie des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).

Daher stehe die Zeitsouveränität auf dem Forderungskata-

log in den aktuellen Tarifverhandlungen: Damit Frauen je nach aktueller Situation mehr oder weniger Arbeitszeit „ein-zahlen“ können. Arbeitgebern stünde die Kompetenz ihrer Arbeitnehmerinnen so langfristig zur Verfügung.

DGB-Nord-Chefin Laura Pooth nimmt die künftige Bundesregierung in die Pflicht, Hürden im Arbeitsmarkt zügig abzubauen: „Es braucht dringend eine Reform der Minijobs, mehr Kitaplätze und mehr Weiterbildungsmöglichkeiten für Frauen, die länger aus dem Beruf raus waren.“

Das große Schuldenpaket, auf das sich jetzt in Berlin CDU, CSU und SPD geeinigt haben – damit die möglichen Koalitionäre der nächsten Bundesregierung – sieht Schöttke als „ersten großen Schritt in die richtige Richtung, den großen Investitionsstau aufzulösen“, auch in der sozialen Infrastruktur. Und damit ein Stück weit den Fachkräftemangel,